

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 1 Mark
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Ronto Köln Nr. 12742

Geschäftsstelle: Schloßstraße 28

Nr. 249

Montag, 17. Oktober 1919

22. Jahrgang

Eine Komödie.

Von einem besonderen Mitarbeiter aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß wird uns geschrieben:

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ist wahrhaftig keine Komödie! Seine Aufgaben sind von furchtbarem Ernste. Man muß es sich nur einmal vergegenwärtigen, welche Fülle von Autorität, welches Maß von Vertrauen, welche politische Bedeutung, aber auch nach innen und außen in diesem Ausschuss und seinem Wirken vereinigt ist. Gilt es doch, dem deutschen Volke gegenüber Klarheit und Wahrheit über alle diejenigen Dinge und Vorgänge zu schaffen, die zum Verlusste dieses ungemein opfervollen Krieges und damit zum Dornenwege nach Versailles führten. Das ist eine ernste, eine furchtbare ernste Angelegenheit des ganzen Volkes!

Was aber von dem demokratischen Ausschussmitglied Dr. Gothein und seinem Parteifreunde, dem Kieler Arzte und als Ubootschiffsverständigen vernommenen Dr. Struve in diesem Ausschuss gespielt wurde, das war eine Komödie! Nicht als ob wir die Differenzen, die sich zwischen den Auffassungen der beiden Genannten und dem Vertreter der Marine in Sachen der Ubootschiffe ergeben haben, als eine ungemein ernste Angelegenheit auffassen würden, ganz im Gegenteil: wir bedauern, daß eine volle Klarheit in diesen Dingen sich nicht hat erzielen lassen. Denn es ist für das deutsche Volk mit das Wichtigste zu wissen, ob der Ubootschiff mit zureichenden Mitteln und danach mit Aussicht auf Erfolg unternommen wurde oder ob er nur ein leichtfertiges Experiment auf gut Glück war. Die Art und Weise aber, wie Gothein und Struve den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu einem politischen Debattierklub herabwürdigten, und wie sie fortschrittliche oder heute demokratische Parteipolitik in ihm machten, mußte auf das peinlichste berühren. Es gehört zu den abstoßendsten Eindrücken der bisherigen Verhandlungen, wie Gothein in eifriger Selbstgefälligkeit immer und immer wieder seine Person und seine Partei als Vertreter einer kraftvollen Ubootschiff-Politik hinstellten. Es wäre zum Lachen gewesen, wenn einem das Heulen nicht näher gestanden hätte, wie mehrfach Gothein bei der scharfen Zweisprache mit den Marinefachverständigen Admiralen in geschwätziger Selbstverherrlichung betonte: Ich habe auf die oder jene Verbesserung oder marinetechnische Notwendigkeit aufmerksam gemacht usw., und einmal gerät er sogar in Konkurrenzkampf mit Struve und erklärte: Ich und nicht Herr Struve war es, der diese Frage damals anschnitt. Das war Komödie, parteipolitische Komödie, der sich alle diejenigen auf das ernste widersetzen müssen, die den dringenden Wunsch haben, daß die ernste Würde des Untersuchungsausschusses nicht geschmälert wird. Uebrigens noch eine Frage: Wie reimt sich das Verhalten der Fortschrittler bezug. Demokraten zwischen ein und jetzt denn zusammen? Einerseits nehmen diese Herrschaften für sich in Anspruch, stets scharfe Gegner des Ubootschiffes gewesen zu sein, als solche verzeihen sie ja auch im parlamentarischen Untersuchungsausschuß ihre Weisheit, andererseits aber machen sie der Marine zum Vorwurf, daß nicht genügend Uboote gebaut worden sind, um diesen, auf der anderen Seite von ihnen bekämpften Ubootschiff mit altem Nachdruck ins Werk zu setzen. Uns dünkt, daß über diesen Seelenzweispalt der Demokraten doch auch Klarheit notwendig ist. „Erkläre mir, Graf Derindur...!“

Wiederaufbau des Staates von unten auf.

Mit Recht werden die Bürger aufgefordert, im neuen Volksstaat durch rege Teilnahme am politischen Partei-Leben für eine gute Volksvertretung, damit für eine gute Gesetzgebung und Verwaltung besorgt zu sein. Die Volksgemeinschaft in Staat und Gemeinde lebt aber nicht bloß von der Tätigkeit der Regierung und Volksvertretung. Beide sind die Vorarbeiter und Geschäftsführer der Bürger in der Schaffung der Gesetze und Verordnungen, in der Ueberwachung ihrer Durchführung. In der Oberleitung und Ueberwachung der Verwaltung. Ob aber die einmal geschaffenen Gesetze und Verordnungen, die eingerichtete Verwaltung nun tagtäglich zur zweck-

mäßigen und freudigen Durchführung und segensreichen Tätigkeit kommen, ob sie in Fleisch und Blut der Volksgemeinschaft übergehen und das Gemeinwohl fördern, hängt von der bürgerlichen Selbstbetätigung aller Männer und Frauen ab.

Besonders gilt das von den zahlreichen Einrichtungen der Selbstverwaltung der Bürger und Bürgerinnen im Staat und vor allem in der Gemeinde. Im Staat greift sie Platz in der Arbeiterversicherung, in den wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, und Arbeiterkammern, in den Gewerbevereinen, in den Betriebsräten, die mehr oder minder unser ganzes Wirtschaftsleben beeinflussen. Segen und Unheil des ganzen Volkes hängt davon ab, ob die in diese staatlichen Einrichtungen der Selbstverwaltung gewählten Männer und Frauen des praktischen Lebens dort klug, weise und gerecht die ihnen gestellten Aufgaben lösen.

Noch zahlreichere Aufgaben der Selbstverwaltung sind den Männern und Frauen gestellt in der Gemeinde. Armenpflege, Witwen- und Waisenfürsorge, Jugendpflege, Fürsorge für die verwahrloste Jugend, Kleinkinderfürsorge, Wohnungspflege, Gesundheitspflege kann die Gemeinde nur durchführen, wenn zahlreiche, in größeren Gemeinden oft Hunderte von Bürgern und Bürgerinnen ohne Bezahlung, nur aus Gemeinwohl sich der Gemeinde zur Mitarbeit zur Verfügung stellen. Hier ist der mütterliche Sinn und die zarte Hand der Frauen unentbehrlich.

Nicht alles aber, was die Pflege des Gemeinwohls erfordert, kann durch Gesetze und Verordnungen vorgeschrieben und durch die Selbstverwaltung von Staat und Gemeinde zwangsweise geregelt werden. Der Zwang bis ins Kleinste und Persönlichste würde unerträglich sein, auch mehr schaden als nützen. Der freie gute Wille, der Gemeinwohl und Gemeinwohl der Bürger und Bürgerinnen muß auch aus eigenem Antrieb am Aufbau des Gemeinwohls tätig sein, und zwar am Aufbau von unten auf. Bei diesen Worten „von unten auf“ müssen wir einen Augenblick haltmachen. Denn an dieser Stelle hat die Neuaufrichtung des staatsbürgerlichen Denkens und Fühlens im neuen Volksstaat einzusetzen. Im alten Obrigkeitsstaate sprach man von einer Staatsmaschinerie, die von der Beamenschaft (Bureaucratie), von ihren Schreibern, Dienern und Amtsführern in Bewegung gesetzt wurde. Der Untertan, den man auch im Bürger noch vielfach sah, wurde von oben herunter in Bewegung gesetzt; seine Freiheitsbestrebungen wurden mißtrauisch beobachtet. So hatte sich die Masse der Deutschen gewöhnt, im Staate nur die Regierung und die Regierten zu sehen. Deshalb starrt sie auch heute noch, wenn man vom Staatsbürger spricht, auf den mechanisch-juristischen Staatsapparat, der in Regierung, Verwaltung, Volksvertretung, Parteiorganisation, Parteipresse in Erscheinung tritt. Gleich als ob damit das Staatsbürgerleben, das Leben der staatlichen Volksgemeinschaft erschöpft sei. Und doch liegt dessen Schwerpunkt nicht hier. Im menschlichen Körper pulsiert innerhalb des tragenden Knochengestüts und der bewegenden Muskelstränge in Herz, Lunge, Blutbahnen, Gehirn als in den eigentlichen Lebensorganen, das von Seele und Geist ausgehende Leben. Es bauen im staatlichen Gemeinschaftsleben Tätigkeit und Gemeinwohl der einzelnen Bürger und Bürgerinnen, echtes Familienleben, gesunde Berufs- und Standesorganisationen, die freien Arbeitsgemeinschaften der vielfältigen Wohlfahrtspflege erst die Wohlfahrt von Volk und Land von unten auf als die Urzellen und wichtigsten Lebensorgane des Staates. Des Bürgers Tugend und Fleiß schaffen die Wohlfahrt in treuer Sorge und Arbeit; Regierung und Verwaltung können sie nur dabei unterstützen. Darum muß auch der Bürger und die Bürgerin aus eigenem Antrieb, jeder an seinem verantwortlichen Platze, für Ordnung, Recht und Sitte, Friede und Eintracht eifern und trachten, gerade so wie Mann und Frau, Eltern und Kinder in der Familie.

So muß man sagen, daß das stille Leben und Wehen des Bürgers und das der Bürgerinnen die Seele und das Herz von Staat und Gemeinde sind; daß die tagtägliche, von der Öffentlichkeit nicht beachtete und nicht beschriebene Tätigkeit und Arbeit eines jeden an seinem Platze in Haus, Nachbarschaft und Verwandtschaft, in Beruf und Stand, in Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege mehr zum Gemeinwohl des Volkes beitragen muß, als

die Tätigkeit der Regierung, Volksvertretung und Verwaltung, als das geräuschvolle Treiben auch der Parteien beitragen können. Niemand, auch nicht der unscheinbarste, kann also sagen: „Was soll ich dabei tun?“ Hier müssen wir vielmehr sagen: Auch auf dich kommt es an! Weil das so manche noch nicht begriffen haben, steht immer noch der Wiederaufbau.

Zur Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Ein Aufruf an die Völker der Erde.

Berlin, 16. November. In zehn großen, zahlreich besuchten Versammlungen vereinigte sich heute die Bevölkerung Großberlins, um Protest zu erheben gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen in Frankreich. Die Rundgebungen für die Kriegsgefangenen gipfelten in der Annahme eines Beschlusses, der an alle Völker der Erde! Der Oberste Rat hat das Inkrafttreten des Friedensvertrages für die Freilassung der Gefangenen vordatiert. England, Amerika, Italien und Belgien gaben unsere Gefangenen heraus. Die Bemühungen, unsere in Sibirien, Turkestan und den überseeischen Ländern zurückgehaltenen 50 000 Gefangenen zu befreien, wurden von den vorgenannten Ländern unterstützt. Noch harren 200 000 russische Gefangene, für die die Entente den Weg in die Heimat nur in beschränktem Maße freigegeben hat, des Abtransportes in Deutschland, und weiter schmachten über 400 000 deutsche Gefangene in französischer Hand. Der Zusammenritt einer Kommission für den Abtransport der deutschen Gefangenen ist von dem Obersten Rat am 20. Mai versprochen worden. Dieses Versprechen ist nicht erfüllt worden. 12 Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes warten die deutschen Gefangenen in Frankreich vergebens auf die Bekanntgabe des Datums des Abtransportes. Ein neuer Winter bringt Tausenden von Gefangenen und Angehörigen seelischen und körperlichen Zusammenbruch und Tod. Trotzdem verlangt die französische Presse, teilweise offen, die Zurückhaltung der Gefangenen als Pfand zur Erfüllung des Friedensvertrages. Die französische Regierung schweigt hierzu. Wir fordern alle Völker der Erde auf, sich mit uns zu vereinigen in dem Rufe:

Sofortige Heimsendung aller Gefangenen des Krieges!

Zum Frieden

Um das Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Amsterdam, 16. November. Allgemeines Handelsblad zufolge teilte Lloyd George in Parliamentary Papers mit, man hoffe, daß der Austausch der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland vor Ende dieses Monats vor sich gehen werde.

Deutsches Reich

Hindenburg erläßt einen Aufruf an die Berliner Bevölkerung.

Berlin, 15. November. Hindenburg erließ folgenden Aufruf an die Berliner Bevölkerung: Bei meiner Ankunft und während meines bisherigen Aufenthalts in Berlin sind mir Äußerungen persönlicher Ehrung in solcher Fülle und solcher Herzlichkeit entgegengetreten, daß ich mich tief verpflichtet fühle, dafür der Berliner Bevölkerung meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank zu sagen. Ich sehe darin den aus dem Innersten kommenden Ausdruck des Entschlusses aller vaterländischen Kreise, die Schwere dieser Zeiten gemeinsam zu tragen, bis das Bittere der uns auferlegten Prüfung überwunden ist. Wie während des Krieges, so gilt auch heute mein ganzes Denken des ganzen deutschen Volkes Zukunft. In Rücksicht auf den über Berlin noch verhängten Belagerungszustand bitte ich aber, von weiteren Rundgebungen absehen zu wollen, die geeignet sein könnten, den Verkehr und die öffentliche Ordnung zu erschweren. Die Gemeinsamkeit in

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

Denken und Wollen mit der Berliner Bevölkerung gibt mir die Gewissheit, daß diese Bitte nicht mißverstanden wird. Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Der Reichswehrminister bei Hindenburg

Berlin, 16. November. Der Reichswehrminister Noske hatte an Generalfeldmarschall Hindenburg die Bitte gerichtet, ihn zu empfangen. Der Feldmarschall entsprach dieser Bitte und nahm Gelegenheit, bei der Unterhaltung mit dem Reichswehrminister sich warm für die Interessen der Reichswehrangehörigen einzusetzen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, insbesondere für die weitere Zukunft der Mitglieder der Reichswehr und der Sicherheitspolizei bei ihrem Uebertritt in das bürgerliche Leben in hinreichendem Maße zu sorgen.

Einschränkungen der Kohlenversorgung.

Berlin, 15. November. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In der Kohlenversorgung ist eine schwerwiegende Entscheidung getroffen worden. Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahnen an Dienstkohle zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen. Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr muß im Augenblick alles andere zurücktreten. Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewaltmittel entschlossen. Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, insbesondere die Großindustrie und der Hausbrand, werden stark in Mitleidenhaft gezogen werden. Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahme nicht ausbleiben. Sie sämtlich zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebs, abzuwenden, ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an anderen Stellen entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr gehoben, so können wir hoffen, auch der anderen Gefahr Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Um die Papiernot.

Berlin, 16. November. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Mißstände im Verbrauch von Zeitungspapier abzustellen. Allein in Berlin sind in letzter Zeit 24 Miß- und Schundblätter gegründet worden. Und da spricht man noch von Papiernot? Für Schund wird Papier freigegeben, während die Tagespresse seit Monaten stets in Verlegenheit ist und noch schlimmeren Zeiten entgegengeht.

Zusammenbruch und Ernüchterung

Der Berliner Metallarbeiterstreik ist zusammengebrochen. Tausende Arbeitswillige drängen sich schon seit Tagen zu den Fabriken, weil sie einsehen, daß seit Monaten ein freies Spiel mit ihnen getrieben worden ist. Von einem Augenzeugen der Berliner Vorgänge, der in mündlicher Rücksprache mit zahlreichen Berliner Metallarbeitern deren Stimmung erforschte, werden erschütternde Einzelheiten mitgeteilt:

So haben zahlreiche Arbeiter wegen der eng aufeinander folgenden politischen Streiks in der Berliner Metallindustrie seit Ausbruch der Revolution kaum 18-20 Wochen gearbeitet. In der übrigen Zeit wurden sie von ihren radikalen Führern zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Folge davon ist eine grenzenlose Not, die sich wie eine verheerende Seuche in der Berliner Arbeiterschaft breit macht.

Ein verwickelter Fall.

Roman von Jost Freiherrn von Steinach.

Als er eintrat, finkte er sich schauend, wollte seine Gattin auf ihn losstürzen, um ihn in die Arme zu schließen, aber er wehrte sanft ab und sagte, den Fremden ins Auge fassend: „Wer ist das?“ Und als er nicht gleich die Antwort erhielt, wiederholte er aufgeregt: „Wer ist das? Ich will wissen, wer das ist!“

„Über Chrysothomos“, suchte ihn die Frau zu befragen, doch schon ergriß Satinar das Wort, indem er sagte: „Herr Räder, ich komme im Auftrage Ihres Freundes Rignhart, der Ihre Adresse ausfindig gemacht hat und den Wunsch hegt, Ihnen zu helfen.“

„Aha“, erwiderte der andere und begann höflich aufzufahren, „erinnert er sich endlich meiner? Das ist in der Tat sehr nett von ihm! Sehr nett! Also helfen will er mir, der edle Mensch!“ Dann fing er plötzlich an zu schreien: „Sagen Sie ihm, ich brauche ihn nicht mehr! Durchaus nicht! Gehen Sie, gehen Sie, ich brauche keinen, ich brauche keinen!“

Und als Satinar immer noch unschlüssig stand, schrie er ihn an: „Ich sage Ihnen, gehen Sie, Sie Spion Sie, oder —“

Sie schritten in die Küche, während Räder ihnen mit klaren Worten nachschaute.

„Dort ist Sie denn mit ihm allein lassen?“ fragte besorgt Satinar.

„O, meinetwegen beunruhigen Sie sich nicht!“ erwiderte sie mit trübem Lächeln, „er ist immer sehr gut gegen mich, ich kann mich nicht über seine Behandlung beklagen.“

Satinar drückte ihr einen Hundstreckhaken in die Hand, und als sie sich dagegen wehrte, bat er sie, ihn zu behalten.

„Sie glauben ja gar nicht, wie Sie mich damit verbinden, wenn Sie das Geld von mir annehmen, das Sie ja nur vor augenblicklicher Not schätzen soll. Verlassen Sie sich darauf, daß ich für Sie und Ihr Kind für die Zukunft die Sorge übernehme, und betrachten Sie das durchaus nicht als Almosen! Das liegt mir völlig fern, ich schäme es Ihnen. Nehmen Sie, nehmen Sie und fragen Sie nicht und danken Sie mir“

Die in besseren Tagen erparten Mühsal sind zu den Streikmonaten zumeist restlos ausgezehrt worden. Viele Familien haben neuerdings, um sich überhaupt über Wasser halten zu können, alle irgend entbehrlichen Wert- und Gebrauchsgegenstände ins Pfandhaus bringen müssen; sogar notwendiger Hausrat ist bei kinderreichen Familien nicht davon verschont geblieben. Und dabei steht mit grinsender Not der Winter vor der Tür. Zur Anschaffung von Wintervorräten fehlen die Mittel. Ebenso fehlt es an Heizmaterial. Die Haushaltskasse ist leer. Kein Wunder, daß zahlreiche Hausfrauen und Familienväter nur mit Angst und Schrecken an die kommenden Monate denken. Die Ernüchterung greift rapide um sich. Gegen die radikalen Arbeiterkräfte und gegen den Berliner Volksrat werden in öffentlichen Arbeiterversammlungen Verwünschungen laut, die man vor einem Vierteljahr nicht einmal im Vertrauen zu äußern gewagt hätte. Die Arbeiter, die ehrlich an einen politischen Erfolg ihrer Streikunternehmungen geglaubt hatten, sehen sich schmachvoll betrogen. Nie war in der Arbeiterschaft ein so gründlicher Stimmungswechsel zu verzeichnen, als er sich jetzt in der Berliner Arbeiterschaft vollzieht. Man erkennt, wie recht der „Vorwärts“ hatte, als er dieser Tage den Streik als eine zweischneidige Waffe bezeichnen. Bedauerlich ist nur, daß dieser Erkenntnis nicht schon früher Ausdruck gegeben worden ist.

Arbeitszwang für Erwerbslose.

München, 15. November. Im Münchener Demobilisierungsamt trägt man sich mit dem Gedanken, den Arbeitszwang für die Erwerbslosen einzuführen. Falls die Erwerbslosen die ihnen überwiesene Arbeit, sofern sie ihr gewachsen sind, nicht annehmen, soll ihnen die Unterstützung entzogen werden.

Reisen der Kriegsblinde.

Der Begleiter eines erblindeten Kriegsteilnehmers wird bei allen Reisen des Blinden frei befördert, wenn er lediglich zum Zwecke der Begleitung mitreist. Ebenso wird der Führerhund frei befördert, wenn der Blinde nicht in Begleitung einer Person reist.

Um diese Vergünstigung zu erlangen, müssen besonders im Tarif vorgeschriebene Ausweise beigebracht werden, die auf Antrag des Blinden gleich für ein Kalenderjahr von der Eisenbahnverwaltung ausgestellt werden, in deren Bezirk der Blinde wohnt.

Steigerung der Produktion und Staatsbedarf

Die finanziellen Lasten, die wir als Folge des Krieges in den nächsten Jahrzehnten nachschleppen müssen, können volkswirtschaftlich nur dann getragen werden, wenn sich auch das Einkommen der Bevölkerung entsprechend vergrößert. Das kann einmal geschehen durch eine Verringerung des Nennwertes des Volkseinkommens, sodann aber auch auf eine andere Weise, nämlich durch eine höhere Ergiebigkeit (Produktivität) des ganzen volkswirtschaftlichen Betriebs. Die reine Umgestaltung des Preisniveaus kann auf die Dauer nicht befriedigen; denn dadurch werden keine neuen Werte geschaffen, sondern es erfolgt bloß eine sozial oft sehr bedenkliche Veränderung im Einkommen und in der Vermögensschichtung. Das Realeinkommen kann auf diese Weise nicht gesteigert werden. Das letztere kann sich nur vermehren, wenn der Gütervorrat im Volk ein entsprechend größerer ist, bzw. wenn der gesamte Nutzeffekt der volkswirtschaftlichen Tätigkeit sich erhöht.

Unser Volkswirtschaft muß also darauf eingestellt werden, daß das Ergebnis der nationalen Arbeit ein möglichst großes wird. Auch das Verhältnis von Kräfteaufwand und Ergebnis muß ein möglichst günstiges werden, das heißt wir müssen jeglichen Schlendrian und jegliche Vergeubung von Arbeitskraft und Rohstoffen in der Volkswirtschaft zu vermeiden suchen, müssen durch technischen Fortschritt und qualifizierte Arbeitsleistung die Produktion soweit nur irgend möglich über das Friedensmaß hinaus steigern. In dem Maße, wie das geschieht, holen wir die uns auferlegte Steuerlast durch nationale Mehrarbeit wieder herein. In demselben Maße können dann auch die Preise zurückgehen, oder es kann die Konsumfähigkeit der Bevölkerung steigen, oder es kann die Kapitalbildung wieder in erhöhtem Maße einsetzen. Im allgemeinen werden alle drei Gesichtspunkte in Frage kommen.

Diese Form der Lastentragung ist die allerwichtigste, weil sie wirklich eine reale Verminderung des Steuerdrucks zur Folge haben muß.

Ausland

Amerika und der Völkerbund

Washington, 16. November. Der Senat hat folgenden Vorbehalt zugestimmt:

1. Die Vereinigten Staaten sind in der Anwendung und Auslegung der Monroe doktrin souverän; die Monroe doktrin unterliegt in keiner Weise der Gerichtsbarkeit des Völkerbundes. 2. Die Vollmachten der Wiedergutmachungskommission für die Regelung der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland können nur nach Billigung durch den Kongreß der Vereinigten Staaten zur Anwendung gebracht werden. 3. Der Kongreß wird die Vollmachten zur Ernennung der Vertreter der Vereinigten Staaten im Völkerbund und in den internationalen Kongressen verleihen. 4. Die Vereinigten Staaten weigern sich, das Abkommen über Schantung zu unterzeichnen. 5. Die Vereinigten Staaten erkennen in der Verwaltung der Güter der jedes Rechtsanspruchs verlustig erklärten feindlichen Staatsangehörigen nur die Ansprüche der amerikanischen Staatsangehörigen an. 6. Der Senat stimmt den Vorbehalten über den wirtschaftlichen Boykott und die Rüstungen zu.

Der Senat hat jedoch alle Vorbehalte mit Ausnahme eines einzigen angenommen.

Der Bolschewismus in Amerika

Amsterdam, 14. November. New York Times meldet, daß im Kongreß 52 Gesetzentwürfe eingebracht wurden, in denen die Regierung ermächtigt wird, gegen die Bolschewisten, Anarchisten und andere Amerika feindlichen Organisationen vorzugehen. Von diesen werden augenblicklich 22 Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben.

Kleine politische Nachrichten

Die beiden großen Kreditvorlagen von 550 und 215 Millionen Mark zu Wohlfahrtsausgaben und Notstandsarbeiten der Gemeinden fanden in der Landesversammlung bei keiner Partei sachliche Beanstandung und wurden Donnerstag verabschiedet.

Der Bodenreformtag, der vom 18.-20. November stattfinden sollte, ist wegen der Verkehrsschwierigkeiten auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Nach dem Courriere d'Italia erkannte der Papst den serbo-kroatischen-slowenischen Staat an.

Die Kammer in Luxemburg hat mit 27 gegen 12 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen die Regierung ermächtigt, dem Verkauf der deutschen Fabriken im Großherzogtum zuzustimmen.

Der Secolo meldet, daß die Wahlen in Rumänien einen völligen Sieg der Partei Bratianus ergeben hätten.

Während der ersten zehneinhalb Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes hat England nach Deutschland Waren im Werte von über 16 Millionen Pfund Sterling ausgeführt, während die deutsche Einfuhr nach England nur 217 000 Pfund Sterling beträgt.

In einigen Gemeinden von Kanada herrscht solcher Mangel an Brennstoffen, daß die Bauern alles, was nicht nützlich und nagelfest ist, zum Heizen verwenden, um ihre Familien vor dem Erfrieren zu schützen.

auch nicht, denn was ich tue, dazu bin ich verpflichtet. Vorläufig leben Sie wohl!“

Er kannte wie von Furien verfolgt die Treppen hinauf und wiederholte in einem fort mechanisch vor sich hin: „Ximandras Sohn! Mein Sohn!“

11. Kapitel.

Antworttelegramm der Firma van de Weyer an Sattmar: „Räder längt entlassen, unregelmäßig, feldsam, ansehend krank.“

Als der Empfänger diese Worte gelesen hatte, begab er sich sofort nach der Leipziger Straße, wo die Gelbschrankfabrik Sattmars ihre Niederlage hatte, bei der Räder einst in Stellung gewesen war. Nun wollte er der Sache doch bis auf den Grund gehen, besonders da er jetzt noch ein rein persönliches Interesse daran hatte. Handelte es sich doch nicht mehr allein um einen oder zwei Verbrechen, sondern um einen Sohn, dem er Liebe schuldig war, und der ihm, falls er wirklich an der Tat mitgewirkt hatte, mehr unglücklich als verworfen zu sein schien. Allerdings hatte er bis jetzt nicht die geringste Ahnung, wie sich die Angelegenheit verhalten könne, die mit jedem Tage sich mehr zu verwickeln drohte. Es war ein förmlicher Rattenkrieg von Fäden, die durcheinander liefen, ohne daß man den Anfang noch das Ende so leicht herausfinden konnte. Wer war alles bei der Tat beteiligt? Hatte es Rignhart allein getan, oder hatte er Mitthelfer? Und war Räder einer derselben? Dann aber hätte das Schreiben seiner Frau keinen Sinn gehabt, worin es hieß, daß ihr Gatte jetzt endlich Rignharts Aufenthaltsort entdeckt und die Ablicht habe, ihn in nächster Zeit zu besuchen. Und wenn Räder in keiner Beziehung zu der Sache stand, was war dann mit ihm los? Denn daß er etwas auf dem Archibald hatte, das war ihm sofort klar geworden, und er hätte am liebsten einen Blick in das verschlossene Gemach getan, in dem sich, woran er nicht zweifelte, manches finden mußte, was geeignet war, sein seltsames Benehmen zu erklären. Wie aber konnte ein Verstecknis zu der Gelbschrankfabrik? Auf welche Weise sollte er an den festesten Warten gelangt sein, als indem er sie Rignhart abgekauft hatte? Und daß er kein reines Gewissen besaß, ging ja schon daraus hervor, daß er die falsche Angabe

machte, er habe das wertvolle Stück schon vor drei Jahren an sich gebracht, während der Diebstahl tatsächlich erst vor wenigen Monaten ausgeführt worden war. Allerdings hatte er die Marke sofort ohne Zögern gezeigt, aber er hatte wohl nicht geglaubt, daß man eine derartige Marke wiederentdecken könne. Denn Fabritius hatte sich hierin sicher nicht geirrt, er hatte hoch und heilig beschworen, daß Wehrenpfeinig Mauritiu nur die feine seine könne, und ein Mann wie er, der die schwere Verantwortung einer solchen Behauptung wohl zur Genüge kannte, überlegte erst lange und reiflich, ehe er sie aufstellte.

Gott, Gott, wo war die Wahrheit! Ueberall Rätsel, Aberrall undurchdringliche Geheimnisse, und wenn er endlich vom Stumpfe dieser Hydra ein Haupt losgeschlagen hatte, gleich wuchsen wieder ein paar neue hervor.

Als er in die Fabrik von Sattmar kam, ließ er sich beim Chef melden, indem er seine mit einer Empfehlung des Geheimrats beschriebene Visitenkarte hineinsteckte. Als Vertreter eines alten und angesehenen Kunden wurde er auch sofort vorgelassen. Herr Sattmar empfing ihn selbst in seinem Privatkontor, ließ ihn freundlich sich setzen und sein Anliegen vorbringen.

„Der Herr Geheimrat ist nicht nur mein treuer Kunde sondern auch mein Gönner, der mich stets in seinen Belangen teilhaftig empfunden hat“, sagte er, „und Sie können sich darauf verlassen, daß ich Ihnen nach Kräften zu Diensten stehe. Bitte, reden Sie!“

Es handelte sich um einen gewissen Räder, Herr Sattmar begann Satinar, „der vor einigen Jahren bei Ihnen beschäftigt war.“

„Ganz recht, ich erinnere mich dieses Mannes wohl; allerdings hat der Herr Geheimrat schon vor kurzer Zeit einmal seinetwegen bei mir angefragt. Ich kann Ihnen nur wiederholen, was wir damals mitgeteilt haben: Räder war bei uns ungefähr drei Jahre in Stellung und hat sich während dieser Zeit als ein höchst brauchbarer und fähiger Arbeiter erwiesen. Er ging von hier nach dem Kongostaat. Was aus ihm später geworden ist, ob er noch dort domiciliert oder wieder fortgegangen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.“

Zum Tode des Kardinals und Erzbischofs von Hartmann.

Röln, 15. November. Oberpräsident Groote ist durch das Staatsministerium als Wahlkommissar für die Wahl des neuen Erzbischofs von Köln ernannt und gleichzeitig beauftragt worden, das Staatsministerium bei der Leichenfeier des verstorbenen Kardinals von Hartmann zu vertreten.

Aus Amerongen traf beim Dompropst Dr. Middelburg folgendes Beileidstelegramm ein:

„Die Nachricht vom Heimgang des von mir hochgeschätzten ausgezeichneten Erzbischofs Kardinal von Hartmann hat mich tief bewegt. Ich bin mit der wärmsten Teilnahme bei Ihnen. Gott wolle dem Entschlafenen die treue Arbeit lohnen.“ Wilhelm.

Das Pontifical-Requiem und die Exequien für den verstorbenen Kardinal wird Bischof Felix Rorum (Trier), die Gedächtnisrede Bischof Joh. Poggenburg (Münster) halten.

Rheinland und Westfalen

* Bonn: Die britische Besatzung wird zwischen Anfang und Mitte Dezember durch eine französische abgelöst werden. Die Mannschaften werden in den Kasernen, Offiziere mit Familien und die Diensträume in Privathäusern untergebracht.

* Koblenz: Der deutsche Zolldienst beginnt am neuen Reichsgrenze am 15. November, mittags. Die französischen Zollposten stellen ihren Dienst gleichzeitig ein. Die von diesen im September eingenommenen Zollobträge belaufen sich auf 6113487 Mark.

* Worringen: Eine Diebesbande von etwa acht Personen, die auf dem hiesigen Bahnhofe wieberholt die Eisenbahnwaggons bestohlen hat, wurde von dem Gendarmen abgefaßt, als sie aus einem Wagon etwa acht Schinken gestohlen hatte. Bei der Verfolgung schossen sie auf den Beamten, der seinerseits auch feuerte und fünf Personen von der Bande festnehmen konnte.

Brühl und Umgebung

Der Volksbildungsverein. Zur besonderen Beachtung! Da Herr Th. Brauer zur Teilnahme an dem Arbeiterkongress in Washington nach Amerika abgereist ist, muß leider die Fortsetzung der von ihm begonnenen Vortragsreihe: „Neu Deutschland und seine Lebensnotwendigkeiten“, bis auf weiteres verschoben werden. Es ist in Aussicht genommen, daß Fräulein Teusch aus Köln, die zurzeit krank ist, nach ihrer Genesung das von Herrn Brauer begonnene Werk nach dessen Plan zu Ende führt.

± Infolge Einschränkung des Zugverkehrs finden bis auf weiteres die Gesangsproben des Liederfranz Dienstags abends von 7,15 Uhr bis 9 Uhr statt. Am morgigen Dienstag ist gleichzeitig um 7,30 Uhr im unteren Saale des Vereinslokals Risch Probe für den Damenchor. Die Proben gelten den Vorbereitungen zum Weihnachtskonzert am 4. Januar. Damen, welche bei der Bühnenaufführung mitwirken möchten, wollen sich in der morgigen Probe pünktlich einfinden. Wir verweisen auf die Anzeige in heutiger Nummer.

Der Winter hat heuer schon recht frühzeitig sich bemerkbar gemacht. Früher wie sonst üblich ist in diesem Jahre der Schnee in reichlicher Menge gefallen und auch der Frost macht sich viel früher in stärkerem Maße bemerkbar als dies in dieser kühlenarmen Zeit erwünscht ist. Recht viele werden den Kohlenmangel bitter fühlen. Nun wird mitgeteilt, daß dies kein Grund zu Befürchtungen sei, denn die meteorologische Wissenschaft hat ermittelt, daß auf Schnee und Frost Ende Oktober und in der ersten Novemberhälfte ein durchwegs milder Winter zu folgen pflegt, indem bald südwestliche Winde, die eine Erwärmung bringen in Erscheinung treten. Auffällig ist auch, daß die Zahl der sehr milden Winter zugenommen hat. Auch nach dem Volksglauben ist ein frühzeitiger Beginn der Kälte keineswegs befürchtend. Möchte diese in früheren Jahren häufiger gemachte Wahrnehmung auch in diesem Jahr zutreffen. — Solange aber der Frost noch anhält, ist es ratsam, die Kellerlöcher zu schließen, um etwaige Lebensmittel vor Frost zu schützen und ebenso die Wassermeßer wie auch Klosettspülungen durch Umwidlungen oder Abperrung der Frostgefahr zu entziehen. Ferner sei auf die Notwendigkeit des Bestreuens der Bürgersteige hingewiesen.

+ Das Schneeballwerfen ist augenblicklich recht im Schwung. Zur Freude der Jugend und selbst der Erwachsenen. Wenn es nur bei dem harmlosen Spiele bliebe. Vielfach artet das Spiel zur Rohheit aus, wie man es recht oft bemerken kann. So wurde gestern Abend ein Mädchen derart von jungen Burschen mit Schneebällen beworfen, daß es Verletzungen am Kopfe davontrug und heute morgen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

± Die Steuern für das 3. Vierteljahr sind fällig. Wer mit der Zahlung noch im Rückstande ist, tut gut, die Steuerzahlung sofort zu entrichten, um sich vor Unannehmlichkeiten zu schützen. Mahnungen in der früher üblichen Weise ergehen nicht mehr. Es beginnt sofort die zwangsweise Eintreibung.

< Recht gefährliche Spielzeuge sind die Pistolen, welche in letzter Zeit vielfach in den Handel gekommen sind und womit die junge Welt ihr Spiel treibt. Samstag mittags erhielt ein Knabe mit einem solchen Spielzeug einen Schlag auf die Stirn, der leicht das Auge hätte treffen und schwer verletzen können. Geschäftsleute sollten mit derartigen Spielzeug keinen Handel treiben.

± Vermieter. Jede freierwerdende Mietwohnung, jeder Geschäfts-, Laden-, Werkstatt-, Lager oder sonstiger Raum ist bei Freierwerden unverzüglich dem Bürgermeister (Wohnungsamt) anzuzeigen. Nichtbeachtung hat hohe Strafe zur Folge.

Mon der Post. Die Reichspostverwaltung wird neue Briefmarkenhefte ausgeben. Der Preis bleibt wie bisher 3 Mark. Die Anordnung der Marken ist geändert, die Freimarken sieben-einhalb Pfennig fallen fort, die Heftchen enthalten dafür je sechs Marken a 5 Pfennig a 10 Pf., a 15 Pf., a 20 Pf. — Die neuen Geldanweisungen werden ebenfalls demnächst ausgegeben werden, sie enthalten als Neuerung eine Aufforderung auf der Rückseite zum Beitritt in den Postsparkasse. — Die neuen Briefmarkenwerte, die durch die Erhöhung der Tarife zur Einführung gekommen sind, werden am 1. Dezember in Gestalt neuer Marken zur Ausgabe kommen. Es handelt sich hier namentlich um eine Reihe höherer Werte über 1 Mark zur Franchierung von Paketen und Wertsendungen. Verschiedene Markenforten, wie z. B. 3 Pf., sieben-einhalb Pf., 25 Pf. usw., kommen fortan in Wegfall. Die neuen Postkartenformulare und Kassenpostvordrucke werden ebenfalls bald in den Verkehr gebracht, so die neue 15 Pf.-Postkarte. — Als Merkwürdigkeit sei mitgeteilt, daß alle künftigen deutschen Briefmarken durch die die Zahl 5 teilbar sind.

o Wer an seinen Obstbäumen Freude erleben will, darf die Hände auch im Winter nicht in den Schatz legen. Jetzt ist es Zeit, die Stämme und Äste mit Baumscharre Flechten, Moos, alter Borke zu säubern. Die Abfälle müssen sorgfältig gesammelt und verbrannt werden, da sie viele Obstschädlinge in Form von Puppen u. dgl. enthalten. Nach der Reinigung sind die Stämme mit frischem Anstrich von Kalk oder arbolinuum mit Kalk zu versehen. Anfang November können auch noch Leimringe zum Fang von Weibchen des kleinen Frostspanners angelegt werden, der bis in den Winter hineinzieht. Raupenester (Goldaster-raupe) des Baumweißlings u. a.) und Gespinste der Gespinnstmotte sind zu entfernen und zu vernichten. Zweige an denen der Ringspinner seine Eier abgelegt hat, müssen ausgeschnitten werden, ebenso die von Monilia befallenen Zweige (vgl. Flugblatt Nr. 7. der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Bonn) und solche, an denen Mistelbüsche sitzen. Die Wundstellen sind zum Schutz gegen Infektion mit Teer zu bestreichen. Alle für die Pflege der Obstbäume nötigen Apparate und Bekämpfungsmittel sind von der Handelsgenossenschaft Obst. Pflanzenschutzmittel in Bonn, Rittershausstraße 15. zu beziehen.

Gedenket der hungernden Vögel!

Der Reichsschuh für Oele und Fette in Berlin hat die ihn laut Bundesratsverordnung vom 15. November 1917 und 14. Dezember 1917 übertragenen Rechte betreffend die Beschlagnahme und Bewirtschaftung der Rinderfüße mit Wirkung vom 15. September 1919 auf die Klauenverwertungsgesellschaft m. b. H. Berlin W. 8, Französische Straße 49 übertragen. Mit Rücksicht auf den Wert und die Wichtigkeit der aus den Rinderfüßen gewonnenen volkswirtschaftlichen Produkte wird erneut darauf hingewiesen, daß die bei den Schlachtungen anfallenden Rinderfüße an die bisher mit ihrer Verarbeitung beauftragten Fabriken abgeliefert werden. Einen Überblick über die bisher aus Rinderfüßen gewonnenen Produkte mag folgende Zusammenstellung geben. In Prozenten ausgedrückt, wurden folgende Produkte gewonnen:

1. Klauenöl	7,76 Proz.
2. Knochenbrühe	7,35 Proz.
3. entfettete Knochen	26,21 Proz.
4. Arbeitsknochen	12,21 Proz.
5. Hornschuh	11,73 Proz.
6. Fleisch	17,00 Proz.

zusammen: 82,26 Proz.

Aus aller Welt

Mord in Nah und Fern.

Die Stadtverordneten in Aachen erhöhten die bereits im August d. Js. um 100 v. H. gesteigerte Luftabteuer um weitere 100 v. H. — Eine Belohnung von 100 Mark hat der Finanzminister für die Ermittlung der Täter ausgesetzt, die vor einiger Zeit aus dem Steueramt Burgsteinfurt Zigarettenbanderolen im Werte von 600 000 Mark gestohlen haben. — Auf der Bahnstrecke zwischen Naansen und Wenzgen fuhr ein Eisenbahnzug in eine Gruppe von Leuten, die von einer Beerdigung zurückkehrten. Drei Männer wurden überfahren und auf der Stelle getötet.

Eisenbahnunfall

Berlin, 16. November. Heute nacht um 1,10 Uhr fuhr eine von Briesen nach Frankfurt fahrende Lokomotive bei Kilometerstein 81,0 zwischen den Stationen Hoerenzwerder und Neutriebitz auf den Güterzug 8552 auf. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt. Diese sowie über zehn Wagen gerieten in Brand und entgleisten. Sechs Zugbeamte wurden verletzt, darunter drei erheblich. Die Strecke ist voraussichtlich zwei Tage für den Güterverkehr gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Verletzten sind im Krankenhaus Briesen untergebracht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Erdstoß in Wiener Neustadt.

Berlin, 13. November. Dem Berliner Lokalanzeiger wird aus Wien berichtet: Am Mittwoch um 5 Uhr früh wurde in Wiener Neustadt ein fünf Sekunden währender Erdstoß verspürt, der in der Richtung Südwest-Nordost sich bewegte und von donnerähnlichem Geräusch begleitet war. Die Leute wurden aus dem Schlaf geweckt. Einige Fensterscheiben wurden zertrümmert und Gebäude beschädigt.

Ein Zug auf offener Straße brennt!

Berlin, 13. November. Wie dem Berliner Lokalanzeiger berichtet wird, wurde ein Güterzug, der auf

freier Strecke auf der Elbbrücke bei Hamburg (Hamburger Seite) hielt, von einer Diebesbande überfallen und beraubt. Das Zugpersonal war dagegen machtlos. Als das von den Überfallenen benachrichtigte Militär eintraf, war die Bande verschwunden. Es ist sehr viel gestohlen worden.

Die Verrohung.

Kiel, 14. November. Gestern Abend kam es zu schweren Ausschreitungen. Trupps von Matrosen drangen, mit Revolvern und Knütteln bewaffnet, in mehrere Tanzlokale, um sich an Zivilisten zu rächen, die ihnen angeblich den Aufenthalt in den Lokalen verwehrten. Die Polizei nahm einige der Eindringlinge fest. Doch kam es bald zu erneuten Tumulten, so daß die Sicherheitswehr einschreiten mußte. Zahlreiche Ruhestörer wurden festgenommen. In den Straßen wurden bei den Krawallen auch Schüsse abgegeben, wobei es Verwundete gab.

Ein schwerer Unfall

Paris, 14. November. In Grapello ist eine deutsche Arbeitergruppe das Opfer eines schweren Unfalls geworden. Durch die vorzeitige Explosion einer Mine wurde ein Gefangener auf der Stelle getötet und fünf andere sowie ein Posten schwer verwundet. Die Opfer wurden dem Hospital St. Die zugeführt.

Bermischtes

Herkules eine Sage aus dem klassischen Altertum

Herkules hatte bereits zwölf seiner bekannten Arbeiten ausgeführt und noch immer wollte Zeus ihm Titel und Charakter der Unsterblichkeit nicht zuerkennen.

Da wandte sich Herkules in seiner Verzweiflung an einen weisen Mann, auf daß dieser ihm rate, wie er wohl die Unsterblichkeit erlangen könnte.

„Deiner harret ein weiter Weg und schwere Arbeit!“ sprach der Greis, „doch ziehe hin nach Norden in das Land Deutsch-Oesterreich und sei dort Staatssekretär für Volksernährung!“

„Und werde ich dann mein Ziel erreichen?“

„Sicherlich! Auf diesem Posten haben sich schon viele vor dir — unsterblich blamiert.“ („Muskete.“)

Opfer wilder Tiere.

Die englische Regierung hat eine Statistik über die Anzahl der Menschen veröffentlicht, die im vergangenen Jahr in Indien wilden Tieren zum Opfer gefallen sind. Im Jahre 1918 verloren nicht weniger als 1527 Menschen das Leben auf diese Art, das sind 100 mehr als im Jahre vorher. Davon starben 41 am Biß giftiger Schlangen, eine verhältnismäßig geringe Zahl, wenn man bedenkt, welche gewaltigen Mengen von Giftschlangen es in Indien gibt, von denen im vorigen Jahre nicht weniger als 25 000 Exemplare getötet wurden. Die Schlangen sind allerdings nicht alle so gefährlich, wie man gewöhnlich glaubt, da sie fast nie einen Menschen angreifen, ausgenommen, wenn sie gereizt oder erschreckt werden. Mehr Menschenleben haben die Tiger auf dem Gewissen, aber auch die Leoparden töten nicht wenig Menschen, und besonders Kinder. Um die Anzahl der wilden Tiere zu vermindern, setzt die Regierung Belohnungen auf ihre Tötung aus, und die Jagd wird daher sowohl von Europäern wie von Eingeborenen eifrig betrieben. Dabei hat sich gezeigt, daß die kleineren Raubtiere an Zahl zunehmen, wenn die großen ausgerottet werden. So sind im letzten Jahre nicht so viele Tiger oder andere Großkatzen erlegt worden, dafür aber um so mehr Bären und Hyänen. Auch ist die Anzahl der wilden Hunde stark gewachsen. Je mehr die Einwohnerzahl des Landes wächst und je größere Teile des Landes unter Kultur genommen werden, desto mehr müssen die wilden Tiere dem Herrn der Erde weichen.

Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Weinheimer.

Meinungsaustausch

Der Redaktion zur Erwiderung, daß diese Methode mit jedem Handwerk nicht vereinbar ist, sonst könnte ein Handwerker fünf oder zehn Minuten eine Reparatur ausführen, und ebensolange sich am Handwaschen und Rechnung ausschreiben aufhalten. Aus welches Konto würde diese Zeit verrechnet? Auf allgemeine Unkosten? Oder vielleicht auf die kleine Reparatur? Meiner Meinung nach ist ein Monat Ausstand schon aus allgemeinen Rücksichten ausschlaggebend, ein jeder ist nicht in der Lage Ende des Monats sofort zu zahlen, damit soll aber nicht dem Gewanten Vorschub geleistet werden der Handwerker sei um Geld nicht verlegen. Oder wie in dem Artikel die Sache veranlagt wird und dem Handwerk schließlich einen goldenen Boden zu diktiert.

Ein Handwerker.

Was sagen unsere Leser zu dieser Erwiderung, die uns anonym zugeht und von der Sache ganz abseht. Ohne auf die vorstehenden Einwendungen einzugehen, wiederholen wir nochmals unseren wohlgemeinten Vorschlag, daß es aus mancherlei Gründen ratsam erscheint und im Interesse des gesamten Handwerks liegt, die Rechnungen tunlichst schnell nach Fertigstellung einer Arbeit oder Ablieferung der Waren auszuschreiben. Will der Verbraucher dann noch ein Ziel gewahren, so kann dieses auf der Rechnung besonders vermerkt werden. Es bedarf gar keines Beweises, daß jeder Gewerbetreibende und dazu gehört auch der Handwerker, sein Geld nötig hat, erst recht in der heutigen Zeit. Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt.

Die Redaktion.

Anzeigen für die Dienstag-Nummer, 18. d. Mts., erbitten wir wegen des Feiertages am Mittwoch, den 19. November recht frühzeitig. // // // // Geschäftsstelle der Brühler Zeitung.

Familie Math. Gaspers.

kommen. Der ehrliche
wird gebeten, den Fund
Belohn. i. d. Geschäftszt. a